

WIR BRINGEN BILDUNG WEITER

BERICHT UND AUSBLICK 2016/17

LCH
DACHVERBAND
LEHRERINNE
UND LEHRER
SCHWEIZ



8. bis 10. November 2016:
Die Swiss Education Days fanden erstmals in Bern statt. Viele Lehr- und Schulleitungspersonen sowie weitere Fachpersonen aus der Bildungsbranche haben sich am Stand des LCH getroffen, sich informiert, ausgetauscht und verpflegt.



18./19. November 2016:
Haupttraktandum der Präsidentenkonferenz in Basel war die Gesundheit von Lehrpersonen und bezog sich auf das gross angelegte Projekt des LCH. Im Rahmen der Konferenz wurden die drei in Auftrag gegebenen Studien mitsamt Ergebnissen vorgestellt.

DER LCH LEGT ZEUGNIS AB

Im vorliegenden Publikumsbericht gibt die Geschäftsleitung LCH in kompakter und leserfreundlicher Form Rechenschaft über die Themen, mit denen sich der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz auseinandersetzt und die dem Verbandsjahr 2016/2017 den Stempel aufgedrückt haben. Weitere Informationen über die Tätigkeit des LCH sind auf der Website www.LCH.ch verfügbar.

Das Reporting des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH setzt sich aus drei Teilen zusammen. Der erste Teil enthält die von der Geschäftsleitung formulierten Entwicklungsschwerpunkte des LCH für die laufende Legislatur bis 2018. Im zweiten Teil, dem Gremienbericht, informieren die Gremien und Abteilungen des Verbandes über ihre Arbeit. Beide Dokumente werden jeweils der Delegiertenversammlung, dem höchsten Verbandsorgan, zur Abnahme vorgelegt. Teil drei bildet der hier als eingehaftete Beilage in BILDUNG SCHWEIZ vorliegende Publikumsbericht. In leserfreundlicher Interview-Form gehalten, beleuchtet dieser Bericht die brisanten und zentralen Themen des Verbandsjahres 2016/2017 und gibt darüber hinaus Einblick, mit welchen Fragen und Aufgaben sich die einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder intensiv auseinandersetzen. Alle drei Teile des Reportings sind online auf der Website des LCH verfügbar.

Kampf an mehreren Fronten gegen Bildungsabbau

Auch im Verbandsjahr 2016/2017 blieben die Abbaumassnahmen in der Bildung prägend. Der LCH hat die Kantone und Gemeinden unter anderem aufgefordert, eine verlässliche Lohnperspektive sicherzustellen und die Lohnrückstände auszugleichen, welche die Lehrpersonen im Vergleich zu Berufsleuten anderer Branchen mit ähnlichem Anforderungsprofil haben. Auch hat der Verband diejenigen Kantonalverbände unterstützt, die mit Lohnklagen von Kindergarten- und Primarlehrpersonen vor Gericht gegangen sind. In Sorge um die Bildungsbudgets hat sich der LCH in Abstimmungskampagnen engagiert. Er hat die AHVplus-Initiative zur Annahme empfohlen und sich mit Erfolg vehement gegen die Unternehmenssteuerreform III ausgesprochen, die Bund, Kantone und Gemeinden Steuerausfälle in Milliardenhöhe beschert hätte.

Für starken Gesundheitsschutz von Lehrpersonen

Einen eigenständigen Akzent setzte der LCH mit seinem Projekt zur Gesundheit von Lehrpersonen. Darin gab er drei Studien in Auftrag: zur Teilzeitarbeit, zu den Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz und zu den Kosten, die aufgrund berufsbedingter Erkrankungen entstehen. Das Projekt zielt darauf ab, den Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen; insbesondere soll an allen Schulen ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingeführt werden, um so den Gesundheitsschutz und die Gesundheitsförderung von Lehrpersonen zu stärken. Zu guter Letzt stellte der LCH an den Swiss Education Days, der grössten Bildungsmesse der Schweiz, die Charta zum Bildungssponsoring vor. Die gemeinsam mit vielen privaten und öffentlichen Organisationen erarbeitete Charta beinhaltet Prinzipien und Verhaltensregeln für die Entwicklung privat finanzierter Bildungsprojekte an öffentlichen Schulen. Wenn diese den Charta-Richtlinien entsprechen, sollen sie künftig unterstützt werden.

Der LCH vereinigt als einer der grössten Arbeitnehmerverbände der Schweiz mehr als 50 000 Unterrichtende aller Schulstufen. In enger Zusammenarbeit mit dem Syndicat des enseignants romands SER, seinem Pendant aus der Romandie, setzt sich der LCH für faire Arbeitsbedingungen sowie für eine Schule mit hoher pädagogischer Qualität und Chancengerechtigkeit ein.

FÜR DIE LEHRERINNEN UND LEHRER IM EINSATZ



Der Zentralpräsident, die Zentralsekretärin und der Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle LCH bilden das professionelle Leitungsteam des Dachverbands. Vier weitere Mitglieder der Geschäftsleitung sind in der Schulpraxis sowie in ihren Mitgliedsorganisationen verankert. Auf den folgenden Seiten geben sie Auskunft darüber, was sie in der Verbandsarbeit am intensivsten beschäftigt.

Gruppenbild der Geschäftsleitung LCH (v.l.): Ruth Fritschi, Bruno Rupp, Franziska Peterhans, Zentralsekretärin, Beat W. Zemp, Zentralpräsident, Marion Heidelberger, Vizepräsidentin, Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle, Samuel Zingg.

FÜR DIE BILDUNG VERBUNDEN

Die Mitgliedsorganisationen des LCH

Kantonalsektionen

- alv** – Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
- LAI** – Lehrerinnen und Lehrer Appenzell Innerrhoden
- LAR** – Lehrerinnen und Lehrer Appenzell Ausserrhoden
- Bildung Bern** – Berufsverband der Fachpersonen für Schulbildung im Kanton Bern
- LVB** – Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland
- FSS** – Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt
- LDF** – Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg
- LGL** – Lehrerinnen- und Lehrerverband Glarus
- LEGR** – Lehrpersonen Graubünden
- LLV** – Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband
- LVN** – Lehrerinnen- und Lehrerverband Nidwalden
- LVO** – Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden
- KLV** – Kantonaler Lehrerinnen- und Lehrerverband St. Gallen
- LSH** – Lehrerverein Schaffhausen
- LSO** – Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn
- LSZ** – Lehrerinnen und Lehrer Kanton Schwyz
- Bildung Thurgau** – Berufsorganisation der Lehrpersonen des Kantons Thurgau
- LUR** – Lehrerinnen und Lehrer Uri
- VS** – Walliser Lehrerinnen- und Lehrerorganisationen
- LVZ** – Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug
- ZLV** – Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband

Stufen- und Fachverbände

- BCH/FPS** – Berufsbildung Schweiz
- BHS** – Berufsverband Heil- und Sonderpädagogik Schweiz
- DLV** – Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverband
- FH-CH** – Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz
- LBG** – Verband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, Bildnerische Gestaltung | Bild und Kunst
- SGL** – Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung
- SMPV** – Schweizerischer Musikpädagogischer Verband
- SVSS** – Schweizerischer Verband für Sport in der Schule
- swch.ch** – Schule und Weiterbildung Schweiz
- SWV** – Schweizerischer Werklehrerinnen- und Werklehrerverein an Kaufmännischen Berufsschulen
- VLKB** – Schweizerischer Verband der Lehrerinnen und Lehrer
- VSG/SSPES/SSISS** – Verein Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer
- VSSM** – Verband Schweizer Schulmusik

Stufen- und Fachkommissionen / Konferenzen

- Standespolitische Kommission
- Pädagogische Kommission
- Sonderpädagogische Kommission
- Stufenkommission 4bis8
- Stufenkommission Primar
- Stufenkommission Sek I
- Stufenkonferenz Sek II
- Fachkommission Hauswirtschaft
- Fachkommission Textilarbeit/Werken
- Fachkommission Berufswahlvorbereitung
- Rechnungsprüfungskommission

«PERSÖNLICHKEITSRECHTE DER LEHRENDEN UND LERNENDEN SIND ZU WAHREN»

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH, über die Zukunft von PISA, Sponsoring an Schulen und den Einsatz des LCH zur Stärkung der Finanzkompetenz.

Der LCH kritisiert die jüngste Durchführung der PISA-Tests, da keine verlässliche Interpretation mehr möglich sei. Macht sich der LCH künftig für einen Ausstieg der Schweiz aus PISA stark?

BEAT W. ZEMP: Die PISA-Projektleitung der OECD konnte bisher keine plausiblen Erklärungen auf unsere Fragen zu den Vergleichbarkeitsproblemen der PISA-Daten 2015 mit früheren Erhebungen liefern. Immerhin hat der verantwortliche Projektleiter auf unsere Kritik an einem internationalen Gipfeltreffen reagiert und eingestanden, dass es in einigen Ländern Messprobleme beim Übergang von papierbasierten zu computerbasierten Tests gebe. So haben beispielweise südkoreanische Schülerinnen und Schüler in Mathematik 2015 unerklärlicherweise sehr viel schlechter abgeschnitten als in den Jahren zuvor. Für die nächste PISA-Erhebung 2018 müssen diese Vergleichbarkeitsprobleme geklärt sein. Andernfalls wird sich der LCH für einen Ausstieg der Schweiz aus PISA einsetzen.

Vor dem Hintergrund massiver Abbaumassnahmen in der Bildung ist die digitale Entwicklung für Schulen eine grosse Herausforderung. Kostengünstige und gesponserte Dienstleistungen und Lernangebote von privaten Unternehmen in Anspruch zu nehmen, scheint eine naheliegende Alternative zu sein. Was sollten Schulen unbedingt beachten?

Der LCH hat im November 2016 an den Swiss Education Days die «Charta zum Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Privaten in der Bildung» medial breit kommuniziert und einen dazugehörigen Leitfadentext veröffentlicht. Dort sind die wichtigsten Grundsätze aufgelistet, die Schulen beachten müssen. Inzwischen haben sich über 30 Organisationen, Firmen und Stiftungen zu den fünf Grundsätzen der Charta bekannt. Wir empfehlen Schulen, bei Lernange-

boten von Privaten darauf zu achten, dass keine versteckte Produktwerbung oder inhaltlichen Beeinflussungen vorkommen. Zudem sind die Persönlichkeitsrechte der Lehrenden und Lernenden zu wahren und Datenschutzbestimmungen zu beachten, insbesondere bei Programmen, die ein Login verlangen. Kooperationsprojekte sollen vertraglich geregelt und offengelegt werden. Und natürlich müssen die Lernangebote thematisch im Lehrplan verankert sein.

Um die Finanzkompetenz von Schülerinnen und Schülern nachhaltig zu stärken, hat der LCH Mitte 2016 zusammen mit dem SER und dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken VSKB das kostenlose Lernangebot «FinanceMission Heroes» für die Stufe Sek I lanciert. Wie hat sich «FinanceMission Heroes» seither in den Schulen etabliert und was ist als Nächstes geplant?

Wir befinden uns noch in der Pilotphase. Bis Ende Juni haben wir in sechs Kantonen offizielle Startveranstaltungen durchgeführt unter Einbezug der kantonalen Bildungsdepartemente und der Kantonalsektionen des LCH sowie der Direktionen der Kantonalbanken. Dazu kommen Weiterbildungskurse, die den Lehrpersonen des künftigen Fachbereichs WAH (Wirtschaft, Arbeit, Haushalt) kostenlos angeboten werden. Auch die Lehrmittel und das Spiel sind gratis. Mit der Einführung des Lehrplans 21 wird sich das Lernangebot von FinanceMission in den Schulen schrittweise etablieren. Zurzeit planen wir die nächste Ausbautetappe des Projekts, das auf einen Zeithorizont von zehn Jahren angelegt ist. Voraussetzung dafür ist, dass die Kantonalbanken auch weiterhin die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.



«LEHRPERSONEN MÜSSEN FÜR IMMER WENIGER GELD IMMER MEHR LEISTEN»

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin LCH und Präsidentin der Landespolitischen Kommission, über den anhaltenden Kampf gegen den Bildungsabbau und den verstärkten Einsatz auf politischem Parkett.

Seit 2013 wurde der Bildung in der Deutschschweiz auf kantonaler Ebene rund eine Milliarde Franken entzogen. Dies ergab eine Erhebung des LCH unter den Mitgliedsorganisationen. Der Abbau dürfte sich fortsetzen. Worum sorgt sich der LCH besonders?

FRANZISKA PETERHANS: Wird der Bildung Geld entzogen, dann spüren dies die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleitungen, die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern sehr direkt. Wir stellen fest, dass Klassengrößen angehoben werden. Dies hat direkte Folgen für den Unterricht: Man kann weniger individualisieren, obschon dies heute gewünscht wird und für die Förderung der Kinder und Jugendlichen sehr wichtig ist. Lehrerinnen und Lehrer haben mehr Korrekturarbeiten zu erledigen und mehr Elterngespräche zu führen. Viele Lehrpersonen müssen die Zeit für und die Anzahl der Elterngespräche begrenzen, um alles unter einen Hut zu bringen. Dies ist eine deutliche Verschlechterung, schliesslich weiss

man, dass ein guter Austausch zwischen Schule und Eltern für den Lernerfolg des Kindes förderlich ist.

Die Löhne der Lehrerinnen und Lehrer sind nach wie vor deutlich tiefer als diejenigen von Berufsleuten anderer Branchen mit vergleichbaren Anforderungen. Wo konnten bisher Verbesserungen erzielt werden und auf welchen Stufen ist der Handlungsbedarf am grössten?

Der LCH hat eine Umfrage durchgeführt, um zu erörtern, ob die Forderungen des Dachverbandes nach gerechteren Löhnen Früchte getragen haben. Das Resultat ist ernüchternd: Drei Viertel der kantonalen Lehrerorganisationen melden, dass die Löhne noch immer zu tief und damit nicht anforderungsgerecht sind. Im Kanton Aargau gab es beispielsweise seit 2013 keinen Stufenanstieg mehr, zudem sind die Pflichtlektionen erhöht worden. Im Kanton Luzern wurden unbesoldete Zwangsferien

vollstreckt. Auch diese hatten Auswirkungen auf die Löhne. Die Lage ist nach wie vor prekär. Zusammenfassend ist festzustellen, dass Lehrpersonen für immer weniger Geld immer mehr leisten müssen – das ist unfair. Doch wir können glücklicherweise auch Erfolge verzeichnen. Es ist eine Tatsache, dass auf der Kindergarten- und Primarstufe, also dort, wo mehrheitlich Frauen unterrichten, tiefere Löhne bezahlt werden. Lehrerinnen und Lehrer der Kantone Schaffhausen und Aargau haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, bei der Kantonsregierung Klage eingereicht und Gleichberechtigung eingefordert. In beiden Kantonen erhielten sie Recht. Klagen in weiteren Kantonen wurden eingereicht. Der LCH hat zum Gelingen dieser Klagen beratend und mittels finanzieller Unterstützung mitgewirkt. Würden die Kantonalverbände zusammen mit dem LCH nicht immer wieder gegen die verschlechterten Bedingungen in der Bildung ankämpfen, wäre die Situation noch viel schlimmer. Neben den Löhnen ist auch die Vorsorge ein wichtiges Thema. Viele Lehrpersonen reduzieren ihr Pensum, damit sie die Belastungen am Arbeitsplatz abfedern und die Arbeit zu ihrer Zufriedenheit erledigen können. Dadurch verdienen sie aber weniger und haben letztlich auch weniger in der Pensionskasse.

Der LCH hat sich im letzten Jahr intensiv für eine starke AHV eingesetzt und auch viele Lehrpersonen für ein Nein in der Abstimmung

zur Unternehmenssteuerreform III mobilisieren können. Weshalb dieses verstärkte Engagement auf politischer Ebene im Vergleich zu früher?

Innerhalb der Präsidienkonferenz haben wir intensiv darüber diskutiert, ob es zu den Aufgaben des LCH gehört, sich bei politischen Abstimmungen zu engagieren. Eine Minderheit vertrat die Meinung, man sollte sich hauptsächlich um die Schule und die Lehrpersonen kümmern. Im Zweckartikel der LCH-Statuten heisst es aber, dass sich der Dachverband für die Schule, die Anstellungsbedingungen und die Lehrpersonen als Arbeitnehmende einzusetzen hat. Eine Steuerreform ist zweifellos notwendig. Die ausgestaltete Vorlage zur USR III hätte jedoch für Arbeitnehmende des Mittelstandes – und dazu zählen auch die Lehrpersonen – gravierende Folgen gehabt. Aufgrund der Steuereinnahmen, die sich mit einem Ja um mindestens drei Milliarden Franken jährlich verringert hätten, wären auch die Unterrichtsbedingungen schlechter geworden. Wären zudem die Steuerzahlungen der Firmen ausgeblieben, hätten dies die Arbeitnehmenden ausgleichen müssen. Mit unserem Engagement konnten wir mit Erfolg viele Lehrerinnen und Lehrer zu einem Nein mobilisieren.



«ES BRAUCHT DEN VERGLEICHENDEN AUSSENBLICK UND DIE KONTROLLE DER ARBEITSMEDIZINISCHEN NORMEN»

Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH, über die Ziele des Gesundheitsprojekts LCH, die damit verbundenen Forderungen und die Errungenschaften von profilQ.

Der LCH hat 2014 das gross angelegte Projekt «Gesundheit von Lehrpersonen» gestartet. Eines der Ziele war und ist es, dass flächendeckend an jeder Schule ein Gesundheitsmanagement eingeführt wird. Welche Verbesserungen können damit erzielt werden?

JÜRIG BRÜHLMANN: Schulen können Prozesse optimieren, eine konfliktarme und effiziente Schulkultur pflegen, Lehrpersonen können sich in der Freizeit genug bewegen. Das reicht nicht! Klassenräume sind mit 3 m² pro Person um über die Hälfte überbelegt im Vergleich zu dem, was Vorgaben des Bundes für Grossraumbüros vorsehen. Die Raumluft ist meist nach 20 Minuten bereits im roten Bereich und beeinträchtigt die Leistungen von Lehrpersonen und Kindern, ebenso wie Nachhall, Aussenlärm oder schlechtes Licht. Lernleistungen und Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern nehmen bei stressgeplagten Lehrpersonen zudem ab. Das alles kann mit einem systematischen Gesundheitsmanagement verbessert werden.

Welche konkrete Unterstützung fordert der LCH von den Arbeitgebern, damit ein solches Gesundheitsmanagement an Schulen überhaupt realisiert werden kann?

Genügend Pausenmöglichkeiten auch im Kindergarten und in komplexen Unterrichtsteams, die Einhaltung von Wochen- und Jahresarbeitszeiten oder die Beschaffung von Ressourcen zur Bearbeitung von komplexen sonderpädagogischen Situationen können nicht nur Sache der einzelnen Lehrperson und Schule sein. Es braucht neben Befragungen auch den vergleichenden Aussenblick und die Kontrolle der bisher wenig bekannten arbeitsmedizinischen Normen. Arbeitsinspektorate wurden denn auch in Schulen bisher kaum gesehen. Schulen brauchen Modelle, Instrumente und Beratung, um ein kontinuierliches Gesundheitsmanagement aufzubauen. Gemeinden mit über 50 Mitarbeitenden müssen in Konzepten

zeigen, wie sie für die Gesundheit ihrer Lehrpersonen sorgen. Dazu gehören u. a. anonymisierte Daten zu Krankheitsfällen, auch zu solchen in der unterrichtsfreien Zeit, zu längeren Abwesenheiten, Stellvertretungen, Kündigungen oder Reduktionen der Arbeitszeit wegen starker Belastung. Lehrpersonen in den mittleren und dann wieder in den letzten Berufsjahren sowie Berufseinsteiger brauchen je andere Unterstützung und besondere Aufmerksamkeit. Der LCH fordert deshalb eine Reduktion der Unterrichtspensen und Konzepte zur Entwicklung von Fachlaufbahnen.

Der Leitgedanke hinter der Initiative profilQ ist, Schulen von anderen Schulen, die erfolgreiche Projekte umgesetzt haben, lernen zu lassen. Dies hat sich als grosser Erfolg entpuppt: Viele haben das Angebot genutzt und die Schulpraxis weiterentwickeln können. Welches sind die Stärken und Schwächen von profilQ?

Im Rahmen von profilQ kann man nicht nur andere Schulen besuchen, sondern auch rasch aktiv werden. Zu aktuellen Themen wie geflüchtete Kinder und Jugendliche, kompetenzorientierte Beurteilung, Nähe und Distanz sowie Schul- und Unterrichtsassistenzen wurden interdisziplinäre Konferenzen durchgeführt und Arbeitspapiere erstellt, die in Kantonen und in der Ausbildung genutzt werden. Gearbeitet werden muss jetzt an der nachhaltigen Absicherung des bisher für die Deutschschweiz einmaligen Kooperationsgefässes.



«ES MÜSSEN KONZEPTE ERARBEITET UND DIE INFRASTRUKTUR AUSGEBAUT WERDEN»

Marion Heidelberger, Vizepräsidentin LCH und Präsidentin Sonderpädagogische Kommission LCH, über die schulische Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher und die damit verbundenen Forderungen des LCH.

LCH und SER haben bereits Ende 2015 gefordert, dass Bund und Kantone Qualitätsstandards und Finanzierungslösungen zur Verfügung stellen, um die Mehrbelastung, die für Schulen durch die schulische Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen anfallt, erfolgreich zu stemmen. Wurde dieser Forderung in der Zwischenzeit entsprochen?

MARION HEIDELBERGER: Nein. Die Kantone haben von Juli bis November 2016 zusammen mit der Erziehungsdirektoren- und der Sozialdirektorenkonferenz eine Kostenerhebung und Bedarfsabschätzung durchgeführt. Aufgrund dieser Ergebnisse werden Bund und Kantone diesen Sommer Gespräche führen und das weitere Vorgehen definieren. Klar ist, dass von einer Verdreifachung der bisherigen einmaligen Integrationspauschale, sprich 6000 Franken, für die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden auszugehen ist. Vor allem die unbegleiteten minderjährigen Kinder und die spät zugewanderten Jugendlichen stellen Bund und Kantone vor eine sehr grosse, nicht nur finanzielle Herausforderung. Die bisherige Pauschale reicht längst nicht aus, um die vielschichtigen Bedürfnisse abzudecken. Zudem müssen Konzepte erarbeitet, Auffangnetze gebildet und die Infrastruktur ausgebaut werden. Besonders für die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt der spät zugewanderten Jugendlichen braucht es neue Strukturen und Ideen. Insbesondere beim Spracherwerb muss investiert werden, denn auch bei diesen Jugendlichen gilt das nationale Bildungsziel, dass 95 Prozent über einen

Abschluss der Sekundarstufe II verfügen sollen. Darüber hinaus darf nie vergessen werden, dass die allermeisten Menschen, die aus Krisen- und Kriegsgebieten zu uns kommen, sehr oft traumatisiert sind und sich ohne psychologische und liebevolle Unterstützung in der Schweiz nie zurechtfinden werden. Dabei spielen die Schule und die betroffenen Lehrpersonen immer eine zentrale Rolle, dafür braucht es zeitliche Ressourcen und breite Unterstützung, beispielsweise durch Psychologinnen und Kulturvermittler.

In welchen Bereichen braucht es nach Ansicht des LCH weiterhin dringend Unterstützung und wie sehen mögliche Massnahmen aus?

Die geflüchteten Kinder stellen eine grosse Herausforderung für die einzelnen Schulen dar. Diese Kinder waren lange Zeit nicht mehr in einem geregelten Alltag und befinden sich in einem Kulturschock. Von der aufnehmenden Klasse wird viel Verständnis und Empathie verlangt, die Lehrpersonen müssen sich auf tragende, funktionierende Konzepte und unterstützende Schulleitungen verlassen können. Auf der Website von profilQ sind viele konkrete, hilfreiche Angebote, Merkblätter und Hinweise aufgelistet. Ein Blick lohnt sich.



«GESCHLECHTER-STEREOTYPE SOLLEN BERUFSWAHL NICHT BEEINFLUSSEN»

Bruno Rupp, Geschäftsleitungsmitglied LCH und Präsident der Stufenkommission Primar, über das Engagement, mehr männliche Lehrpersonen für die Primarstufe zu gewinnen.

Koordiniert vom Verein «Männer an die Primarschule» (MaP) beteiligen sich verschiedene Pädagogische Hochschulen seit Ende 2015 an vier Projekten mit dem Ziel, wieder mehr Primarlehrer zu gewinnen. Welcher Gedanke steckt hinter diesem Bestreben?

BRUNO RUPP: Im Jahr 1964 arbeiteten erstmals weniger Männer als Frauen im Primarlehrberuf. Seither hat sich der Anteil Männer in der Primarschule kontinuierlich verringert. Er betrug im Schuljahr 2013/14 auf der Primarstufe noch 18 Prozent, auf der Eingangsstufe gar nur noch 5 Prozent. Der Verein MaP setzt sich aus drei Gründen für eine Trendwende ein, allen voran wegen der Chancengleichheit. Die Bundesverfassung verlangt Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frau und Mann in der Ausbildung wie auch in der Arbeit. Mädchen und Jungen sollen im Sinne von Chancengleichheit ihren Beruf ohne Rücksicht auf Geschlechterstereotype wählen können. Der zweite Grund betrifft die Identifikationsmöglichkeiten: Jungen und Mädchen profitieren von einer bunten Vielfalt alltagsnaher Bezugspersonen beiderlei Geschlechts. Um realistische Männerbilder zu entwickeln, brauchen auch Buben lebendige Rollenmodelle und Vorbilder. Drittens wird die Arbeits-, Lern- und Betriebskultur in der Primarschule durch eine natürliche Vielfalt gelebter Männlichkeit und Weiblichkeit bereichert. Die Kinder entwickeln durch

Genderkompetenz im Kollegium weniger starre und einseitige Geschlechtsrollen-Stereotype.

Eines der Projekte, «Umsteiger, einsteigen!» der PH Zürich, versucht, berufstätige Männer für einen Quereinstieg zu gewinnen – dies mit grossem Erfolg. Weshalb ist für Quereinsteiger der Primarlehrberuf attraktiver als für Berufseinsteiger?

Die Zielgruppe unterscheidet sich deutlich von Schülern von Gymnasien und Fachmittelschulen, deren Weg an die PH durch die Matura vorgezeichnet ist. Die Gründe für einen Mann, einen Berufswechsel zu vollziehen und Lehrer zu werden, sind vielfältig. Einige wünschen sich eine grössere persönliche Sinnhaftigkeit im Beruf, andere erhoffen sich verbesserte Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder eine erhöhte Sicherheit der Arbeitssituation. Die Möglichkeit, einen beruflichen Aufstieg zu vollziehen, kann ebenfalls ein Grund sein. Nicht zuletzt spielt auch die intrinsische Motivation eine wichtige Rolle.



«ES BRAUCHT VERTIEFTE KENNTNISSE, DIE NUR MIT EINER MASTERAUSBILDUNG ERREICHT WERDEN KÖNNEN.»

Ruth Fritschi, Geschäftsleitungsmitglied LCH und Präsidentin der Stufenkommission 4bis8, über die Pflichten des Arbeitgebers, die Erfüllung des Berufsauftrags und eine allfällige Masterausbildung für künftige Lehrpersonen.

Die im Gesundheitsprojekt LCH in Auftrag gegebene Studie zur Teilzeitarbeit hat ergeben, dass ein Fünftel der befragten Lehrpersonen ein reduziertes Pensum ausübt, um gesundheitsschädigenden Belastungen am Arbeitsplatz entgegenzuwirken. Wie ordnet der LCH dieses Ergebnis ein?

RUTH FRITSCHI: Die Resultate der «Studie zur individuellen Gestaltung des Arbeitspensums im Lehrberuf» bestärken den LCH, sich weiterhin für eine Reduktion der Pflichtstundenzahl, eine faire Lohnentwicklung und eine Entschädigung der Klassenführung einzusetzen. Gleichzeitig machen die Ergebnisse deutlich, dass Gesundheitsförderung und -schutz nicht länger Sache der einzelnen Lehrperson sein können – der Arbeitgeber muss in die Pflicht genommen werden. Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz fordert Gesundheitsschutz durch den Arbeitgeber. Der Berufsauftrag muss in der vertraglich festgelegten Jahresarbeitszeit erfüllbar sein. Untersuchungen des LCH und des Kantons Aargau zeigen, dass dies nicht mehr der Fall ist. Auch wenn es für die Lehrerinnen und Lehrer keine gesetzliche Verpflichtung zur Erfassung der Arbeitszeit gibt, muss sich der Kanton um die Einhaltung der vertraglichen Arbeitszeit kümmern. Der LCH empfiehlt, dass der Kanton in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Verband der Lehrpersonen eine von beiden Seiten akzeptierte Erfassung der Arbeitszeit der Lehrpersonen durchführt und je nach Bedarf entsprechende Verbesserungen einleitet.

Die Anforderungen an die Lehrpersonen haben stark zugenommen. Die pädagogische Kammer des Hochschulrektorenverbands möchte dem Rechnung tragen und strebt daher für die Kindergarten- und Primarlehrpersonen einen Ausbau des Bachelor-Studiengangs zu einem Masterstudium an. Ist das der richtige Ansatz?

Ja, das ist der richtige Ansatz. Nicht nur die hohen Durchfallquoten in den Fremdsprachen bei den Bachelor-Abschlüssen zeigen, dass die Ausbildung zu kurz ist. Auch Berichte aus der Praxis und verschiedene Studien zeigen, dass die Herausforderungen in den ersten Berufsjahren gross und umfangreich sind. Die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Klassenführung gehören zu den meistgenannten Herausforderungen. Die Erwartungen der Eltern sind gestiegen. Die Kinder wachsen in ganz unterschiedlichen Familienverhältnissen auf, und die Heterogenität hat mit der Integration zugenommen. Durch die Integration von geflüchteten und traumatisierten Kindern und Jugendlichen sind die Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich gefordert. Um all dem gerecht zu werden, braucht es vertiefte, spezifische Kenntnisse, die nur mit einer berufs begleitenden Masterausbildung erreicht werden können. Der Dachverband setzt sich daher für eine solche Ausbildung für alle Schulstufen der Volksschule ein.



«DIE GELINGENSBEDINGUNGEN FÜR EINEN ERFOLGREICHEN FREMDSPRACHENUNTERRICHT WERDEN VERNACHLÄSSIGT»

Samuel Zingg, Geschäftsleitungsmitglied LCH und Präsident der Stufenkommission Sek I, über den Widerstand gegen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe und seine neuen Funktionen beim LCH.

Der Sprachenstreit wurde 2016 durch diverse Initiativen und Vorstösse, die nur noch auf eine Fremdsprache in der Primarschule abzielten, stark befeuert. Der Bundesrat hat ein Vernehmlassungsverfahren zur Sprachenfrage eröffnet, kam aber zum Schluss, dass ein Eingreifen derzeit verfrüht wäre. Sieht der LCH das genauso?

SAMUEL ZINGG: Der LCH hat sich in einem demokratischen Prozess zur Haltung geeinigt, dass die Landessprachen gestärkt werden sollen. Dies bedeutet, dass der LCH konsequent für eine zweite Landessprache auf der Primarstufe einsteht. Falls in einzelnen Kantonen der Erwerb einer zweiten Landessprache auf die Oberstufe verschoben wird, so kann der LCH ein Eingreifen des Bundes durchaus nachvollziehen. Es wird sich zeigen, ob der Bundesrat dies auch tun wird. Diese erste Reaktion war sehr konsequent, zum Zeitpunkt der Entscheidung bestand kein akuter Handlungsbedarf. Der Widerstand gegen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe zeigt in erster Linie, dass die Gelingensbedingungen für erfolgreichen Fremdsprachenunterricht, beispielsweise der Einsatz von vermehrtem Halbklassenunterricht oder dass zu Beginn des Fremdsprachenerwerbs drei anstatt zwei Lektionen vorgesehen sein sollten, völlig vernachlässigt werden.

Per Schuljahr 2016/17 haben Sie als neues Mitglied Einsitz in die Geschäftsleitung LCH genommen. Bei Ihrer Wahl hatten Sie angekündigt, Ihre Sichtweise als Sekundarlehrperson einzubringen und die kleinen Kantone gut zu vertreten. Konnten Sie Ihrem Vorhaben bereits Taten folgen lassen?

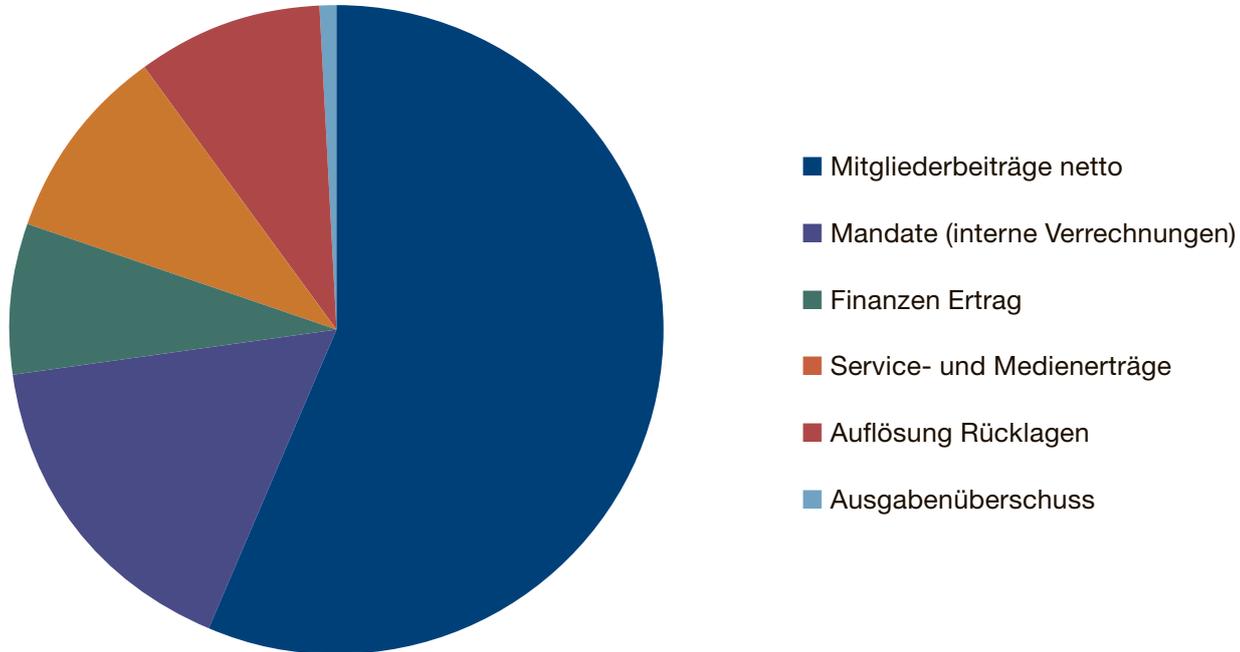
Die kleinen Kantone haben sehr kurze Wege, Gewerkschaft und Behörde arbeiten oft sehr eng zusammen. Dies hat zur Folge, dass sich oftmals ganz andere Herausforderungen und Fragestellungen ergeben. Solche konnte ich in der Geschäftsleitung in einzelnen Bereichen einbringen. Die Themen dieses vergangenen Verbandsjahres betrafen die Sekundarstufe stark, deswegen war die Sichtweise der Stufenkommission Sek I sehr gefragt. Mehrere Positionspapiere, die zentrale Themen unserer Stufe ansprechen, entstanden oder wurden erneuert, so etwa zum ausserschulischen Lernen, zur Umsetzung des Fachs Wirtschaft, Arbeit, Haushalt, zu den Lehrmitteln und zu den Hausaufgaben.



WOHER KOMMT'S? WOHIN GEHT'S?

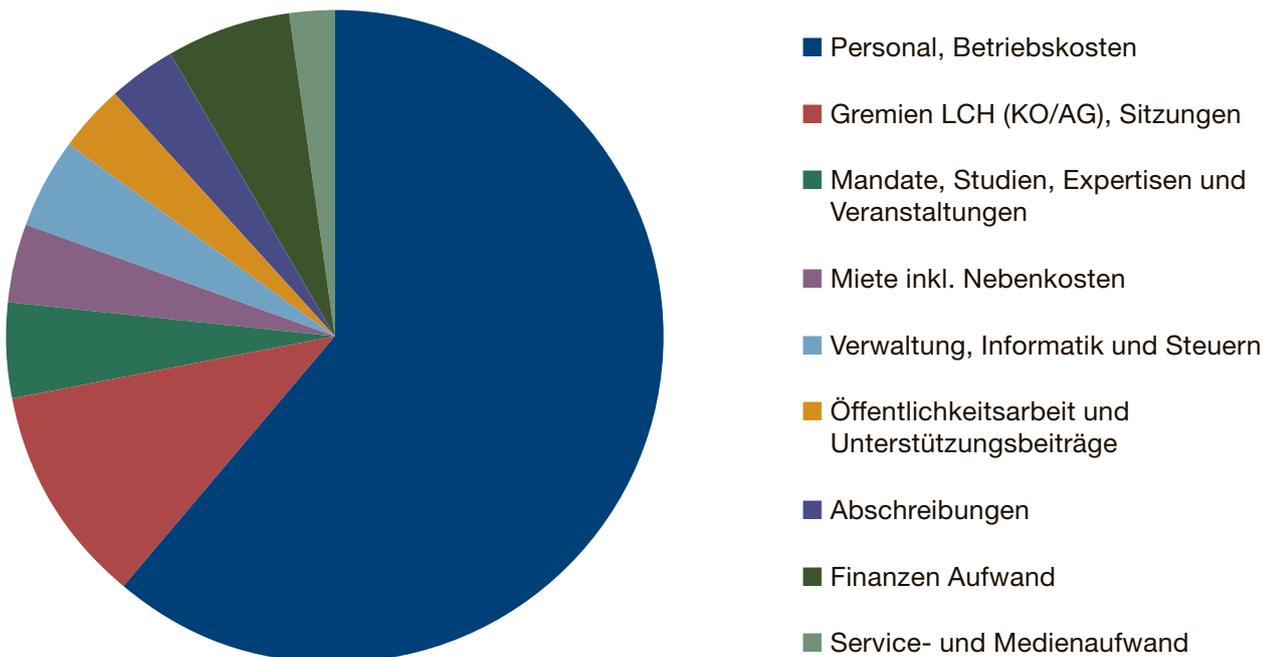
Die Herkunft und Verwendung der Mittel des LCH im Geschäftsjahr 2015/2016

Ertrag 2015/2016



Gesamtertrag: CHF 3'977'422

Aufwand 2015/2016



Gesamtaufwand: CHF 4'000'457